Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven mit Einwohnerfragestunde am Mittwoch, 18. April 2018, 16:00 Uhr, im Ratssaal Nr. 5/2018

Anwesend:

Oberbürgermeister
Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied Gruppe CDU/WBV
Ratsvorsitzender Stefan Becker
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Martin Ehlers
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Michael Kunze
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion
Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi (bis 16:30 Uhr)
Ratsmitglied Christina Heide
Beigeordneter Howard Jacques
Ratsmitglied Gesche Marxfeld
Beigeordneter Jörg Münkenwarf
Ratsmitglied Sebastian Seidel

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial
Ratsmitglied Georg Berner-Waindok
Ratsmitglied Antje Johanna Kloster
Ratsmitglied Petra Stomberg
Ratsmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Michael von den Berg
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion
Ratsmitglied Christian Ressel
Ratsmitglied Dr. Günther Schulte
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion
Ratsmitglied Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert
Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Mitglied AfW-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Morisse
Ratsmitglied Irina Morisse-Kappes

Mitglied Die Linke
Ratsmitglied Florian Wiese

Mitglied Freie Wähler
Ratsmitglied Andreas Lang

Dezernent
Stadtbaurat Oliver Leinert
Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung
Leiterin Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht Marion Winkel-Fiedelak
Fachbereichsleiter Finanzen Jörg Valnion
Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth
Stv. Fachbereichsleiter Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung Ralf Kohlwes

Protokollführer
Protokollführer Jan Bönisch

Es fehlte entschuldigt
Bürgermeister Uwe Reese
Ratsmitglied Detlef Schön
Ratsmitglied Kristian Stoermer

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3
Einwohnerfragestunde auf Seite 18

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

3	Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 20.12.2017	
4	Aktuelle Stunde	
5	Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
6.1	Wahl des Ersten Stadtrates	**98/2018**
6.2	Änderung der Geschäftsordnung der Stadt Wilhelmshaven	**78/2018**
6.3	Bildung des Schöffenwahlausschusses beim Amtsgericht Wilhelmshaven	**92/2018**
6.4	Neue Schulausschussmitglieder der BBS-Schülervertretung und der BBS-Elternvertretung	**81/2018**
6.5	Einrichtung des Dezernats IV -Kämmerin/Kämmerer	**97/2018**
7.1.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	**68/2018**
7.1.2	Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2017 (Kernverwaltung)	**3/2018**
7.2.1	Nahverkehrsplan der Stadt Wilhelmshaven	**63/2018**
7.2.2	Stadterneuerung - Beschluss über die Einleitung der vorbereitenden Untersuchungen für den Bereich Tonndeich	**72/2018**
7.3.1	Landschaftsrahmenplan 2018	**43/2018**
7.3.2	Betriebsführungsvertrag „UNESCO – Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum e.V."	**74/2018**
7.4.1	Kofinanzierung des Projektes "Jugend stärken im Quartier (JUSTIQ)" 2019 - 2022	**49/2018**
7.4.2	Berufung eines neuen beratenden Ersatzmitgliedes für den JHA - Frau Kerstin Saathoff	**65/2018**
7.4.3	Antrag Gruppe GrünUnabhängigSozial: Prüfung eines Rede- und/oder Antragsrechts des Jugendparlaments	**506/2018**
8	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
9.1	Antrag GUS-SPD-Die Linke: Fahrradstation am ZOB in Wilhelmshaven	**513/2018**
10.1	Anfrage AfW-Fraktion: Salafismus an unseren Schulen	**512/2018**
11	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 20.12.2017

Herr Dr. von Teichman bat darum, die unter dem TOP „Aktuelle Stunde" von ihm zitierten „700.000 €" zu streichen. Er habe sich versprochen. Richtig müsse es lauten „100.000 €", so stehe es auch im Gutachten. Er bat das Protokoll dahingehend zu ändern.

Das Protokoll über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 20.12.2017 wurde daraufhin **einstimmig genehmigt**.

4 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Informationsbedarf.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Hellwig)

6.1 Wahl des Ersten Stadtrates **98/2018**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.04.2018 vor.

Der **Ratsvorsitzende Becker** erklärte, dass bei nur einem Vorschlag per Handzeichen gewählt werden könne.

Herr Tönjes beantragte eine **geheime Wahl**.

Der **Ratsvorsitzende** bat für die geheime Wahl um Nennung von zwei Schriftführern/innen zur Auszählung der Stimmen.

Frau Glaser und **Herr Münkenwarf** stellten sich als Schriftführer/in zur Verfügung. Beide wurden **einstimmig** gewählt.

Nach durchgeführter geheimer Wahl brachte die Stimmauszählung durch die Schriftführer folgendes Ergebnis:

Auf **Herrn Armin Schönfelder** entfielen
25 Ja-Stimmen,
9 Nein-Stimmen;
es gab 2 Enthaltungen.

Damit hatte **Herr Schönfelder** die erforderliche absolute Stimmenmehrheit von 20 Stimmen im ersten Wahlgang erreicht und wurde zum **Ersten Stadtrat gewählt.**

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Herr Armin Schönfelder, geb. 02.01.1968, wird vorbehaltlich der beamtenrechtlichen Voraussetzungen für die Dauer von 8 Jahren zum Ersten Stadtrat gewählt und unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit zum Ersten Stadtrat ernannt. Die Wahlzeit beginnt frühestens am 01.07.2018.

6.2 Änderung der Geschäftsordnung der Stadt Wilhelmshaven **78/2018**

Herr **Hellwig** trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.04.2018 vor.

Frau Weinstock erklärte, dass mit der Änderung der Geschäftsordnung die Voraussetzungen für die Einrichtung des neuen Ausschusses für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungsfragen geschaffen würden.

Herr Hellwig erklärte, dass die Gruppe CDU/WBV bei ihrem Votum von der vergangenen Sitzung bleibe und der Vorlage nicht zustimmen werde. Man sei der Auffassung, dass die Ratsmitglieder bereits genug belastet seien. Die Verringerung der Anzahl der Ratsmitglieder in der letzten Wahlperiode sei mit einer Reduzierung der Ausschüsse einhergegangen. Die Aufgaben des neuen Ausschusses seien in der Vergangenheit von den übrigen Ausschüssen zur allgemeinen Zufriedenheit miterledigt worden. Er halte die Einrichtung des neuen Ausschusses daher für nicht erforderlich.

Herr Jacques widersprach den Ausführungen von Herrn Hellwig. Die SPD-Fraktion halte die Neubildung des Ausschusses für wichtig und richtig. Man habe in der Vergangenheit oft das Bedürfnis gehabt, sich intensiver mit Personalangelegenheiten zu beschäftigen als dieses in den Sitzungen des Verwaltungsausschusses möglich gewesen sei. Im neuen Ausschuss bestehe jetzt die Möglichkeit, Themen ausführlich zu diskutieren.

Herr Walpurgis schloss sich den Worten von Herrn Jacques an und erklärte, dass die Gruppe GUS der Vorlage zustimmen werde.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die in der Anlage beigefügten Änderungen der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven.

6.3 Bildung des Schöffenwahlausschusses beim Amtsgericht Wilhelmshaven **92/2018**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.04.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

In den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Wilhelmshaven werden gewählt:

Vertrauenspersonen	jeweils zugeordnete Ersatzpersonen
Breuer, Katja	Wilhelm, Lutz
Möhle, Helmut	Schöning, Josef
Schön, Detlef	Stoermer, Kristian

Klibert, Evelyn	Heide, Christina
Weinstock, Helga	Tönjes, Andreas
Berner-Waindok, Georg	Berg, Michael von den
Schulte, Dr. Günther	Teichman, Dr. Michael von

6.4 Neue Schulausschussmitglieder der BBS-Schülervertretung und der BBS-Elternvertretung **81/2018**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.04.2018 vor.

Als Schulausschussvorsitzende zeigte sich **Frau Weinstock** erfreut, dass nunmehr sowohl die Positionen der Elternvertretung wie auch der Schülervertretung der Berufsbildenden Schulen Wilhelmshaven wieder im Schulausschuss besetzt seien.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Auf Vorschlag der Schülervertretung der Berufsbildenden Schulen Wilhelmshaven werden für die Schülervertretung der BBS-Schülerschaft in den Schulausschuss berufen:

Mitglied:
Herr Maik Hergenröther, Grodenstr. 7, 26386 Wilhelmshaven

Stellvertretendes Mitglied:
Herr Michael Engels, Steinstr. 62, 26388 Wilhelmshaven

Auf Vorschlag der Elternvertretung der Berufsbildenden Schulen Wilhelmshaven wird für die Elternvertretung der BBS-Elternschaft in den Schulausschuss berufen:

Mitglied:
Herr Uwe Streib, Lycker Gang 9, 26388 Wilhelmshaven

6.5 Einrichtung des Dezernats IV -Kämmerin/Kämmerer **97/2018**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 16.04.2018 vor.

Herr Jacques erinnerte daran, dass die SPD-Fraktion bereits in der Vergangenheit einer Änderung der Führungsleiste in den Dezernaten nicht zugestimmt habe. Zu dieser Entscheidung stehe man auch heute noch. Nichtdestotrotz sei man sich bewusst - mit dem Wissen, dass der Oberbürgermeister Ende nächsten Jahres aus dem Amt scheide – das die Stadt einen Kämmerer benötige, der die Verantwortung übernimmt. Um den Antrag in der heutigen Sitzung nicht ablehnen zu müssen, stelle er einen **Antrag auf Nichtbefassung.** Er halte eine Abstimmung darüber erst für sinnvoll, wenn feststehe, wer künftig das Amt des Hauptverwaltungsbeamten in der Stadt ausübe.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich überrascht, da man doch in „kleiner Runde" besprochen habe, dass die Stadt einen Kämmerer brauche. Nicht nur der bisherige Oberbürgermeister, auch der langjährige Fachbereichsleiter Finanzen scheide bereits Ende des Jahres aus. Man habe erhebliche Probleme wie die Krankenhausfinanzierung vor sich und er halte es für absolut notwendig, dass Wilhelmshaven einen neuen fachkompetenten Dezernenten bekomme. Gerade im Hinblick auf diese Möglichkeit habe man seinerzeit gesagt, dass man zunächst die Verteilung der Dezernate so beibehalte, damit nicht die Möglichkeit versperrt werde, demnächst einen Kämmerer einzustellen. Er könne von daher die Position der SPD-Fraktion nicht nachvollziehen. Er erinnerte an die Besetzung der Stelle des Ersten Stadtrates und den damit verbundenen zeitlichen Aufwand. Wenn man eine qualifizierte Person als Kämmerer finden möchte, dann müsse das Verfahren zügig in Gang gesetzt werden. Er bat die SPD-Fraktion ihre Einstellung nochmals zu überdenken und sich an die getroffenen Abmachungen zu halten.

Herr Hellwig bekräftigte, dass es jetzt an der Zeit sei, die Einrichtung eines Dezernates IV auf den Weg zu bringen. Ein Kämmerer benötige eine gewisse Einarbeitungszeit und angesichts der absehbaren Personalabgänge halte er es für fahrlässig, die Angelegenheit ein weiteres Mal zu verschieben.

Frau Weinstock unterstrich, dass man der Vorlage auch weiterhin zustimmen werde.

Herr Jacques erklärte daraufhin, dass die SPD-Fraktion ihren **Antrag auf Nichtbefassung zurückziehe.**

Herr Stoffers erläuterte das weitere Prozedere. Falls es heute zu einem positiven Votum komme, werde die Verwaltung einen Vorschlag zur Dezernatsverteilung erarbeiten, der mit den vorhandenen Dezernenten und dem Oberbürgermeister zunächst abgestimmt werden müsse. Für einen zusätzlichen Wahlbeamten benötige man auch eine Stelle, die im Stellenplan aber nicht aufgeführt sei. Das bedeute, dass ein Nachtragshaushaltsplan verabschiedet werden müsse, es sei denn der Rat entscheide, dass die Stelle erst zum nächsten Haushalt 2019/2020 geschaffen wird.

Herr Oberbürgermeister Wagner ergänzte, dass bei einer Aufteilung der Dezernate die Kämmerei allein nicht hinreichend sei. Es werde also auch Verschiebungen zwischen den Dezernaten geben.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat möge beschließen:
1. Neben den Dezernaten
   I Oberbürgermeister
   II Erster Stadtrat
   III Stadtrat
   wird das Dezernat IV –Kämmerin/Kämmerer- eingerichtet.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für eine Dezernatsverteilung zu erarbeiten und die stellenplanmäßigen Voraussetzungen zu schaffen.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

7.1.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **68/2018**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 16.04.2018 vor und bat um Zustimmung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Zuwender/in	Betrag	Empfänger/Verwendungszweck
Wilhelmshavener Zeitung Parkstr. 8, 26382 Wilhelmshaven	4.590,83 €	Geldspende für die Beschaffung von Schulbüchern und Schulmaterial für bedürftige Grundschulkinder
Wilhelmshavener Spar- und Baugesellschaft eG Grenzstr. 29-35, 26382 Wilhelmshaven	5.150,00 €	Geldspende zur Durchführung der Sonntagskonzerte 2018 im Musikpavillon im Kurpark

7.1.2 Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2017 (Kernverwaltung) **3/2018**

Frau Breuer trug die Informationsvorlage des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 16.04.2018 vor und bat um **Kenntnisnahme**.

Herr Oberbürgermeister Wagner zeigte sich erfreut über den positiven Abschluss, der unterjährig nicht immer so absehbar gewesen sei. Man habe das Defizit deutlich abbauen können und hoffe auf einen weiteren kleinen Abbau in 2018 und 2019. Sollte dies gelingen, habe man 5 Jahre in Folge positive Ergebnisse geschrieben. Vor sechs Jahren hatte man ein Defizit von rund 94 Mio. €, heute sei das Defizit auf 27,47 Mio. € geschrumpft. Dies sei eine gute Entwicklung für Wilhelmshaven und seine Bürgerinnen und Bürger. Er hoffe, wenn das Defizit beseitigt sei, könne man sich dann auch endlich dem Thema Grundsteuersenkung zuwenden.

Herr Dr. von Teichman erklärte, das erfreuliche Ergebnis Spielraum für die Zukunft gebe, gab aber zu bedenken, dass es sich um einen vorläufigen Jahresabschluss handele. Zu verdanken sei das Ergebnis in erster Linie dem hohen Steueraufkommen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene.

Die FDP-Fraktion spreche sich für eine allgemeine Steuersenkung aus, die der gesamten Volkswirtschaft zugutekomme. Des Weiteren müssten Investitionen angeschoben werden. Im Bereich der Investitionen habe man 16 Mio. € weniger ausgegeben als geplant. Dies sei den Verzögerungen im Krankenhausbau geschuldet. Weder mit dem Parkhaus noch mit dem Kreisel sei im vergangenen Jahr begonnen worden.

Herr von den Berg begrüßte die erfreuliche Entwicklung und dankte allen, die daran beteiligt waren. Wenn möglich, sollte eine Steuersenkung im Bereich der Grund- und Gewerbesteuern erfolgen, um die Bürgerinnen und Bürger spürbar zu entlasten, die schließlich mit ihren Steuern zum positiven Ergebnis verholfen hätten.

Herr Hellwig warnte, dass trotz des positiven Jahresabschlusses nach wie vor Schulden bestehen. Es wäre vernünftig und umsichtig, diese Schulden restlos abzubauen und Guthaben zu erwirtschaften, um künftigen Generationen eine günstige Ausgangslage zu ermöglichen. Steuersenkungen, über das was bereits beschlossen wurde hinaus, sollte man momentan nicht angehen. Die Gewerbesteuer werde sukzessive wieder gesenkt.

Herr Ehlers bat um Auskunft, wann mit den Jahresabschlüssen der Eigenbetriebe und des Klinikums zu rechnen sei, damit man eine Gesamtübersicht erhalte und einschätzen könne, wie am Ende der konsolidierte Gesamtjahresabschluss des Konzern Stadt aussehe.

Herr Oberbürgermeister Wagner teilte mit, dass man die Eigenbetriebe und Gesellschaften bereits vor Jahren verpflichtet habe, mit den Arbeiten zum Jahresabschluss bis zum 31.03. eines Jahres fertig zu sein. Im Wesentlichen halten sich die Gesellschaften an diese Vorgaben, allerdings finden die dazugehörigen Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsratssitzungen nicht bis zum 31.03. statt, sondern im Nachgang. Er gehe davon aus, dass alle Abschlüsse Mitte Juni durch die entsprechenden Gremien genehmigt seien.

Herr Valnion ergänzte, dass sich durch die Jahresabschlüsse der Gesellschaften und Betriebe keinerlei negativen Auswirkungen mehr auf den Kernhaushalt ergeben. Der Rat habe ja über den Haushaltsplan eine Deckelung vorgenommen, wieviel die Stadt maximal bezuschussen dürfe. Dies habe der Fachbereich Finanzen einkalkuliert und in den Fällen wie beispielsweise der WTF, in denen man die Beträge noch nicht voll ausgezahlt habe, über den Restbetrag bis zum Höchstbetrag des Haushaltsvolumens eine Rückstellung gebildet. Sollte der Verlust höher ausfallen, dann habe die Gesellschaft einen Verlust, der sich aber nicht auf den Haushalt auswirke.

Herr Oberbürgermeister Wagner gab zu verstehen, dass zwar keine negativen Auswirkungen zu befürchten, aber auch keine Gewinnausschüttungen zu erwarten seien.

Herr Jacques schloss sich den Worten seiner Vorredner an und begrüßte die positive Entwicklung.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat nimmt den beigefügten vorläufigen Jahresabschluss 2017 zur Kenntnis.

7.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)

7.2.1 Nahverkehrsplan der Stadt Wilhelmshaven **63/2018**

Herr Jacques trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.04.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Laufzeit des Nahverkehrsplans 2014 wird um ein Jahr bis zum 31.12.2019 verlängert.

7.2.2 Stadterneuerung - Beschluss über die Einleitung der vorbereitenden Untersuchungen für den Bereich Tonndeich **72/2018**

Herr Jacques trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.04.2018 vor.

Herr Dr. von Teichman machte deutlich, dass in der Südstadt bereits seit mehreren Jahren das Projekt Stadterneuerung erfolgreich laufe. Mit dem heutigen Beschluss werde mit Tonndeich, einem Stadtteil mit dringendem Sanierungsbedarf, das nächste Projekt in Angriff genommen. Es seien erhebliche städtebauliche Missstände zu beheben. Die FDP-Fraktion begrüße die Maßnahme daher sehr.

Frau Weinstock zeigte sich ebenfalls erfreut, dass im Stadtteil Tonndeich endlich mit der Sanierung begonnen werde.

Herr Harms teilte mit, dass die vorbereitenden Untersuchungen bereits im Mai vorgestellt werden sollen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 (3) Baugesetzbuch (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), in der Neufassung der Bekanntmachung vom 03.11.17 (BGBl. I S.3634) für den Bereich Tonndeich (Anlage) und der Erstellung eines integrierten Stadtteilentwicklungskonzeptes wird zugestimmt.
Die zeichnerische Abgrenzung des Untersuchungsgebietes in der Begründung ist Bestandteil des Beschlusses.

7.3 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz (Ratsfrau Kloster)

7.3.1 Landschaftsrahmenplan 2018 **43/2018**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 11.04.2018 vor und bat Herrn Kohlwes um Vorstellung des Landschaftsrahmenplans.

Herr Kohlwes erklärte, dass es ihm nicht möglich sei, dem Rat innerhalb von wenigen Minuten ein umfangreiches Planwerk vorzustellen, aber die Ratsmitglieder sollen anhand der Präsentation zumindest einen Eindruck bekommen, über was sie Kenntnis nehmen werden. Der Landschaftsrahmenplan sei eine Pflichtaufgabe der unteren Naturschutzbehörde. Es gebe bereits eine Erstfassung von 1999, deren Fortschreibung eigentlich schon längst hätte erfolgen sollen. Die vielen baulichen Veränderungen innerhalb des Stadtgebiets habe man jetzt zum Anlass genommen, über den Naturschutz in der Stadt neu nachzudenken. Als Fachplan entfalte er keine Rechtskraft und seine Inhalte erreichen nur bei Übernahme in die räumliche Gesamtplanung Verbindlichkeit. Nach Fertigstellung des Vorentwurfs 2016 fand eine Beteiligung Träger öffentlicher Belange statt. Fachlich und sachlich erforderliche Änderungen und Ergänzungen wurden vorgenommen und dann habe man den Entwurf dem Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten und Naturschutz zur Prüfung gegeben. Nachdem von dort keine inhaltlichen Änderungen verfügt wurden, konnte die Endfassung des LRP erarbeitet werden. Plangebiet sei das gesamte Stadtgebiet. Vorangestellt erfolge eine umfassende Bestandsaufnahme von Natur und Landschaft. Daraus werde ein Zielkonzept entwickelt, aus dem Anforderungen und Maßnahmenvorschläge abgeleitet würden, das sogenannte Handlungskonzept. Hier seien beispielsweise Erhalt und Entwicklung von Schutzgebieten und -objekten und die Entwicklung von Kompensationsmaßnahmen vorgesehen. Er bat um zustimmende Kenntnisnahme für den Landschaftsrahmenplan.

Der **Ratsvorsitzende Becker** erklärte, man habe den Vortrag kurzfristig auf die Tagesordnung genommen, da verschiedene Ratsmitglieder das Thema Naturschutz für wichtig hielten.

Herr Dr. Schulte dankte für die Erläuterungen durch Herrn Kohlwes und ging kurz auf das Zielkonzept ein. Der Plan sei nicht verbindlich und müsse von der Verwaltung mit Leben erfüllt werden. Ein Teil der Umsetzung sei die Bauleitplanung, in der es um eine Abwägung zwischen den Interessen des Naturschutzes und der Wirtschaft gehe. Während seiner kurzen Zeit in Wilhelmshaven und im Rat habe er des Öfteren erleben müssen, dass die Entscheidung zugunsten der Investoren gefallen sei. Dieses müsse sich ändern, es müsse vielmehr ein Kompromiss gefunden werden.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt den Landschaftsrahmenplan zustimmend zur Kenntnis.

7.3.2 Betriebsführungsvertrag „UNESCO – Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum e.V." **74/2018**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 11.04.2018 vor und erklärte, dass die Konditionen des letzten Vertrages unverändert blieben.

Dem konnte **Herr Dr. von Teichman** nicht in Gänze zustimmen. Die Konditionen würden sogar besser, denn das Land werde mehr Mittel zur Verfügung stellen. Gleichzeitig stelle die Stadt dem Verein zur Erfüllung seines Auftrags ein Gebäude kostenfrei mit einem jährlichen Wert von rund 230.000 € zur Verfügung. Die Stadt leiste also für die Information rund um das Wattenmeer eine ganze Menge.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt einen neuen Betriebsführungsvertrag zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Verein „UNESCO – Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum e.V." mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2021.

7.4 Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Dr. Schulte)

7.4.1 Kofinanzierung des Projektes "Jugend stärken im Quartier (JUSTIQ)" 2019 -2022 **49/2018**

Herr Dr. Schulte trug den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 11.04.2018 vor. Er erläuterte, dass mit dem Programm „Jugend stärken im Quartier" junge Menschen bis einschließlich 26 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund unterstützt würden, die von den Angeboten der allgemeinen und beruflichen Bildung, Grundsicherung für Arbeitssuchende und Arbeitsförderung nicht mehr erfasst oder erreicht würden oder bei denen diese Angebote aufgrund multipler individueller Beeinträchtigungen und sozialer Benachteiligungen nicht erfolgreich seien.
Beim laufenden JUSTIQ-Projekt stünden 260.000 € an städtischer Kofinanzierung 816.663 € an Gesamteinnahmen gegenüber. Damit könne eine uneingeschränkt positive Bewertung des Projektes aus volks- und betriebswirtschaftlicher Sicht vorgenommen werden.

Herr Seidel erklärte, dass die SPD-Fraktion dem Vorhaben uneingeschränkt zustimme. Es werde aber angeregt, einen weiteren JUSTIQ-Standort im Stadtnorden einzurichten, denn auch dort sehe man Bedarf. Da das Programm an das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt" gekoppelt sei, wäre für den

Stadtnorden ebenfalls eine Untersuchung für die Ausweisung eines Sanierungsgebiets notwendig. Die Beauftragung einer solchen Untersuchung sollte zeitnah erfolgen und möglichst bis zur Sommerpause des Rates geschehen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Das Projekt JUSTIQ wird für vier Jahre, beginnend am 01.01.2019 bis 31.12.2022, fortgeführt. Die Stadt stellt dafür pro Jahr 70.000 Euro an Kofinanzierungsmitteln zur Verfügung.

7.4.2 Berufung eines neuen beratenden Ersatzmitgliedes für den JHA - Frau Kerstin Saathoff **65/2018**

Herr Dr. Schulte trug den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 11.04.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Im Jugendhilfeausschuss wird Frau Kerstin Saathoff Nachfolgerin der ausscheidenden Frau Romy Appelt und damit dann Vertreterin von Frau Renate Sopp-Dreyer.

7.4.3 Antrag Gruppe GrünUnabhängigSozial: Prüfung eines Rede- und/oder Antragsrechts des Jugendparlaments **506/2018**

Herr Tönjes trug den **Antrag der Gruppe GUS** auf Prüfung eines Rede- und/oder Antragsrechts des Jugendparlaments vor:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge über die Möglichkeit beraten, dem Jugendparlament der Stadt Wilhelmshaven ein Rede- und/oder Antragsrecht in den Fachausschüssen und im Rat zu ermöglichen und dieses an die entsprechenden Fachausschüsse zur Vorbereitung überweisen.

Begründung:
Mit Blick auf die aktuelle Bevölkerungsentwicklung droht gerade auch unserer Stadt der Verlust der Wahrnehmung der Interessen der Kinder und Jugendlichen. Nicht nur im Landkreis Friesland hat man dieses bereits erkannt und dem Jugendparlament weitergehende Rechte im demokratischen Prozess eingeräumt. Über die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz wird sogar derzeit auf Bundesebene diskutiert. Selbst die Landesregierung hat sich in der letzten Legislaturperiode für eine bessere Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche eingesetzt. Damit die Interessen von Kindern und Jugendlichen besser berücksichtigt werden können, sollte über diese Möglichkeit intensiv beraten, nachgedacht und letztlich umgesetzt werden."

Herr Wiese warb um Unterstützung des Antrages. Es könne auf keinen Fall schaden, den Jugendlichen im Rat Gehör zu geben.

Herr Hellwig erklärte, dass das Jugendparlament bereits jetzt Beschlüsse fassen könnte und so würde er sich zunächst eine Äußerung seiner Mitglieder wünschen, dass diese auch ein Rede-/Antragsrecht im Rat fordern.

Herr Tönjes führte aus, dass er mit einigen Vertretern des Jugendparlaments zu diesem Thema Gespräche geführt habe. Es sei einhellige Meinung gewesen, dass man sich verstärkt engagieren möchte. Daher habe die Gruppe GUS den Antrag auf den Weg gebracht. Er stimme aber zu, dass ein offizieller Beschluss des Jugendparlaments der bessere Weg sei.

Herr Jacques unterstützte die Ausführungen von Herrn Hellwig. Unabhängig davon werde man heute den Prüfauftrag unterstützen.

Frau Kloster machte deutlich, dass es die Entscheidung des Rates sei, in welcher Form der Umgang mit dem Jugendparlament erfolge.

Herr Oberbürgermeister Wagner vertrat eine andere Meinung. Das Jugendparlament sei eingerichtet worden, damit dort die Interessen der Jugendlichen vertreten werden. Sollte von dort Interesse bestehen, an den Sitzungen des Rates teilzunehmen, dann wäre es doch das naheliegende dies zu beschließen und die Verwaltung darüber zu informieren, dass eine Beteiligung an den Sitzungen der Fachausschüsse und des Rates gewünscht sei. Bei einem Prüfauftrag würde die Verwaltung zunächst einmal ein Votum des Jugendparlaments einholen.

Herr Dr. Schulte erklärte, dass er als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses ständiger Gast im Jugendparlament sei. Er werde in der morgigen Sitzung den Mitgliedern über die heutige Beratung berichten. Er hege aber ebenfalls den Verdacht, dass bei einer Mehrheit möglicherweise kein allzu großes Interesse an einer Teilnahme an den Sitzungen bestehe, zumindest habe bisher kein Vertreter des Jugendparlaments an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses teilgenommen. Gleichwohl habe der Jugendhilfeausschuss es für richtig angesehen, die Jugendlichen dazu zu animieren, sich aktiv für die Kommunalpolitik zu engagieren und stärker einzubringen. § 56 NKomVG besage zwar, dass Anträge nur von Abgeordneten gestellt werden können, aber nach der Geschäftsordnung des Jugendparlaments werden Anträge an die entsprechenden Ausschüsse weitergeleitet und dort behandelt. Diese könnten dann zu einem Fraktionsantrag oder Antrag der Verwaltung umfirmiert werden. Wenn man die Jugendlichen motivieren wolle, dann benötige man ein Rederecht in den Ausschüssen und die Möglichkeit, dass Jugendliche bestimmte Anträge auch im Rat vortragen können. Dies vermisse er im Prüfauftrag.

Herr Stoffers erklärte, dass er den Prüfauftrag so verstanden habe, dass es um eine Mitwirkung in den Fachausschüssen gehe. Man müsse auch darüber diskutieren, ob damit auch die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften gemeint sind. In jedem Fall müsse der Vertreter des Jugendparlaments einen Status als beratendes Mitglied erhalten, denn Rede- und Antragsrecht seien Mitgliedschaftsrechte. Als beratendes Mitglied habe man dann auch eine gewisse Verpflichtung.

Herr Ehlers bezog sich auf den gesetzlichen Auftrag gem. § 36 NKomVG, nachdem Jugendliche angemessen in ihren eigenen Interessen an der Ratsarbeit zu beteiligen seien. Es gebe einen Prüfauftrag, die rechtlichen Möglichkeiten auszuloten. Im Anschluss daran bestehe Gelegenheit, darüber zu entscheiden, welche Rechte den Jugendlichen letztlich eingeräumt werden sollen. Momentan halte er es wichtig, den Prüfauftrag zu verabschieden.

Frau Stomberg schloss sich den Ausführungen von Herrn Ehlers an.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge über die Möglichkeit beraten, dem Jugendparlament der Stadt Wilhelmshaven ein Rede- und/oder Antragsrecht in den Fachausschüssen und im Rat zu ermöglichen und dieses an die entsprechenden Fachausschüsse zur Vorbereitung überweisen.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Herr Oberbürgermeister Wagner wies daraufhin, dass ein Tarifabschluss für die Kommunen getroffen worden sei. Der Städtetag sehe diesen Abschluss zwar als vertretbar an, gleichwohl werde es die Kassen zusätzlich belasten. Insgesamt müssen 7,4 Milliarden € zusätzlich von allen Kommunen in den kommenden Jahren aufgewendet werden. Für Wilhelmshaven bedeute die Lohnerhöhung, dass 2018 nur für die Kernverwaltung und die Eigenbetriebe allein 180.000 € und im darauffolgenden Jahr rund 250.000 € mehr benötigt werden. Da man bereits 2,5 % Lohnerhöhung einkalkuliert habe, treffe es den Haushalt nicht ganz so stark. Die städtischen Gesellschaften seien hier nicht miteinbezogen.

Herr Leinert teilte mit, dass der Tonnenleger „Kapitän Meyer“ im Vorfeld zum „Wochenende an der Jade“ vom Bontekai zur Firma Alba verlegt werde. Dort werde das Schiff verbleiben bis ein Konzept gefunden worden sei.

9 Anträge

9.1 Antrag GUS-SPD-Die Linke: Fahrradstation am ZOB in Wilhelmshaven **513/2018**

Frau Kloster trug den **Änderungsantrag der Gruppe GUS-SPD-Die Linke** zum Antrag Nr. 513/2018 vor.

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt folgenden Prüfauftrag: *Die Verwaltung wird beauftragt, Kosten und Machbarkeit einer Fahrradstation in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof zu prüfen. Als potentielle Standorte sollen städtische oder private Immobilien/Flächen, darunter auch die Rambla und die Nordseepassage überprüft werden. Diese Flächen/Räume sollen mindestens als Ganzes abschließbar oder anderweitig gesichert sein. Weiter ist eine Bewirtschaftung durch die Stadt/städtische Gesellschaften zu prüfen sowie bei Unternehmen (z.B. Contipark), Initiativen und*

*Vereinen, **wie der Arbeitsloseninitiative, die Kooperationsbereitschaft zu erfragen**. Für Leihfahrräder sollen extra Flächen kalkuliert werden und für Pedelecs sowie E-Fahrräder sollen Stellplätze mit Lademöglichkeit geplant werden.*
Ergebnisse des Prüfauftrages sind bis zum August 2018 im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vorzustellen."

Herr Wiese begründete den Antrag anschließend:

„Der „Linksgrün-versiffte Stammtisch" trifft sich nun fast seit einem Jahr und diskutiert politische und gesellschaftliche Themen. Ein Ziel war es immer, über die teilnehmenden Ratsmitglieder (Grüne, SPD und Linke) Inhalte in den Rat der Stadt einzubringen. Zum Thema Fahrradsituation in Wilhelmshaven hat sich unter anderem für den Stammtisch ein wesentlicher Bedarf neben dem Zustand der Radwege herausgestellt: Sichere Abstellmöglichkeiten für fahrradnutzende Pendler. Dem Stammtisch ist bekannt, dass auch in der Verwaltung dieser Bedarf erkannt wurde und möchte mit diesem Prüfauftrag das Thema auf die politische Ebene bringen. Der Stammtisch bedankt sich bei den unterstützenden Fraktionen, Gruppen und Parteien."

Frau Heide erklärte, dass sie die SPD-Fraktion beim Runden Tisch „Radwegeverkehr" vertrete. Es gebe in dieser Stadt deutlich mehr Parkplätze für Autos als Abstellplätze für Fahrräder. Sie appellierte daher an die Ratsvertreter, dem Antrag zuzustimmen und den Auftrag dann auch möglichst schnell umzusetzen. Sie regte an, die Fahrradstation an der nördlichen Seite des Bahnhofs einzurichten, da die meisten Fahrradpendler aus dem Stadtnorden kämen.

Die **Herren Hellwig und Jacques** unterstützten den Antrag und erklärten, dass man dem Prüfauftrag zustimmen werde.

Herr Harms hielt den Antrag für obsolet, da nach Auskunft von Herrn Lachmund an dem Thema bereits lange gearbeitet werde.

Frau Kloster machte deutlich, dass man zwar wusste, dass das Thema bereits in Ansätzen in der Verwaltung behandelt werde und auch im Radverkehrskonzept enthalten sei. Es gehe aber konkret darum, die Verwaltung zu beauftragen, auch die Details auszuarbeiten. Im Übrigen enthalte der Antrag auch Zusätze wie die Einbindung von Initiativen und Vereinen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt folgenden Prüfauftrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Kosten und Machbarkeit einer Fahrradstation in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof zu prüfen.

Als potentielle Standorte sollen städtische oder private Immobilien / Flächen, darunter auch die Rambla und die Nordseepassage überprüft werden. Diese Flächen/Räume sollten mindestens als ganzes abschließbar oder anderweitig gesichert sein.
Weiter ist eine Bewirtschaftung durch die Stadt/städtische

Gesellschaften zu prüfen sowie bei Unternehmen (z.B. Contipark), Initiativen und Vereinen, wie der Arbeitsloseninitiative, die Kooperationsbereitschaft zu erfragen.
Für Leihfahrräder sollen extra Flächen kalkuliert werden und für Pedelecs sowie E-Fahrräder sollen Stellplätze mit Lademöglichkeit geplant werden.
Ergebnisse des Prüfauftrages sind bis zum August 2018 im Ausschuss für Umwelt, Land-wirtschaft und Brandschutz vorzustellen.

10 Anfragen

10.1 Anfrage AfW-Fraktion: Salafismus an unseren Schulen **512/2018**

Herr Morisse trug die Anfrage der AfW-Fraktion „Salafismnus an unseren Schulen" vor.

„An vielen innerstädtischen Schulen sind Konflikte unter Schülern mittlerweile religiös motiviert. Da werden Mitschüler unter Druck gesetzt und. auch antisemitische Äußerungen gehören für viele Lehrer zum Schulalltag. „Es gibt bereits heute viele Beispiele von religiösem Mobbing an Schulen". Auch Todesdrohungen unter Kindern. – Quelle: https://www.berliner-zeitung.de/29916888 ©2018-03-24
Aber auch bekannt ist längst, dass auch die in Deutschland geführte Islam-Debatte die Schulen betrifft. In einigen Schulen in Niedersachsen und Hamburg/Bremen ist es bereits seit 2014 vermehrt dazu gekommen, dass Schüler, die unter dem Einfluss von Salafisten standen, innerhalb kurzer Zeit zu frommen Muslimen geworden waren. Diese Entwicklung war Lehrkräften und Schulleitung aufgefallen, weil die Betroffenen ihre Mitschüler zur Einhaltung islamischer Gebote drängten sowie von Lehrern Gebetsräume forderten. Aktuelle Medienberichten zufolge handelt es sich bei der Hyperreligiösität muslimischer Schüler um ein Phänomen, das seit geraumer Zeit vermehrt auch an Grundschulen beobachtet wird und darüber hinaus ausschließlich salafistisch konnotiert ist. Dabei ist es grundsätzlich so, dass die Kinder in einem salafistischen Umfeld sozialisiert worden sind. Folglich sind es Eltern also entweder selbst oder begegnen der salafistischen Ideologie mit Akzeptanz.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. *Wie viele Fälle sind der Verwaltung bekannt, bei denen Schülern Gebetsräume in den Schulen zur Verfügung gestellt werden oder wurden?*

2. *Wie viele Fälle sind bekannt, bei denen die Anfrage von Schülern/Eltern nach Gebetsräumen genehmigt wurde oder zurückgewiesen wurden?*

3. *Wie viele Schulen gibt es zum Beginn 2018 gegenwärtig in Wilhelmshaven, deren Schülerschaft mindestens zur Hälfte einen Migrationshintergrund aufweist?*

4. *Wie viele Fälle sind zur Kenntnis geraten, in denen muslimische Schüler durch ein übersteigert religiöses Verhalten aufgefallen sind?*

5. Wie reagieren die Schulen auf so ein Verhalten?

6. Wie ist derzeit die Gesamtzahl der Schüler mit Flüchtlingsstatus/Asyl in Wilhelmshaven?

Herr Stoffers beantwortete die Anfrage. Die Antworten sind als Anlage aufgeführt und sind Bestandteil der Niederschrift.

11 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:25 Uhr

gez.	gez.	gez.
Becker Ratsvorsitzender	Wagner Oberbürgermeister	Bönisch Protokollführer